

**BEITRÄGE
ZUR ERFORSCHUNG
STEIRISCHER GESCHICHTSQUELLEN**

Neue Folge XIII

Adalbert Krause. Aus Albert von Muchars Briefen an seinen Freund Benno Kreil.
1949. 52 Seiten, 1 Tafel. S 12.—

Neue Folge XIV

Alexander Graf. Die Reuner Annalen. Festgabe für Andreas Posch, mit einer Würdigung des Jubilars und einer Biographie von B. Sutter.
1958. 72 Seiten, 3 Tafeln. S 30.—

Neue Folge XV

Ferdinand Tremel. Das Handelsbuch des Judenburger Kaufmannes Clemens Körbler 1526—1548. 1960. XL + 128 Seiten, 2 Tafeln, 6 Abb. im Text. S 96.—

Neue Folge XVI

Manfred Straka. Die Pfarrenzählung des Jahres 1782 in der Steiermark. 1961. 174 Seiten, 1 Karte. S 120.—

Neue Folge XVII

Wolfgang Suppan. Lieder einer steirischen Gewerkgattin aus dem 18. Jahrhundert. 41 Seiten. S 36.—

Mitglieder des Vereines erhalten 20% Ermäßigung.
Preise inkl. 8⁰/₁₀ MwSt.

**Zeitschrift des Historischen Vereines für
Steiermark Jahrgang 65 (1974)**

Erzherzog Johann und Wessenberg 1848

Herrn Prof. Dr. Hermann Wiesflecker zum 60. Geburtstag in Verehrung gewidmet

Von ALFRED ABLEITINGER

Drei, strenggenommen vier österreichische Regierungen zählt das Revolutionsjahr 1848 vor der des Fürsten Schwarzenberg, die dann einige Dauer zeigen sollte. Keine von ihnen aber hat die Historiker zu mehrfacher und eingehender Beschäftigung veranlaßt. Manches spricht dafür, daß hierin ein Versäumnis zutage tritt, das früher oder später behoben werden muß.¹ Freilich ist es nicht erstaunlich, daß weder das Ministerium Ficquelmonts noch das Pillersdorfs, noch das Wessenbergs und Doblhoffs und erst recht nicht das kurzlebige Kolowrats große Beachtung fanden: Ihre Personen und ihre Taten üben nicht entfernt Faszination aus, ihre allfällige Bedeutung wird durch ihr schließliches Scheitern weitgehend verschüttet. Es nimmt aber wunder, wie wenig die monographische Literatur über Erzherzog Johann ihre Aufmerksamkeit seiner Tätigkeit im Jahre 1848/49 gewidmet hat. Das gilt sowohl für Johanns Wirken und Rolle als Reichsverweser in Frankfurt am Main wie noch mehr für seine damalige speziell innere, österreichische Bedeutung.² Zwar wurden Erzherzog Johanns Handeln in den Märztagen 1848 in Wien und jüngst auch

¹ Außer der älteren, insbesondere durch J. A. Helfert repräsentierten Literatur, kommen vorwiegend die Gesamtdarstellungen von R. Kiszling — Die Revolution im Kaisertum Österreich 1848/49. 2 Bde, Wien 1948. — A. Novotny, 1848. Österreichs Ringen um Freiheit und Völkerfrieden vor hundert Jahren. Graz—Wien 1948. — R. J. Rath, The Viennese Revolution of 1848, Austin 1957. — Prof. Hermann Wiesflecker in Verehrung zum 60. Geburtstag. — F. Walter, Die Geschichte der Ministerien Kolowrat, Ficquelmont, Pillersdorf, Wessenberg-Doblhoff und Schwarzenberg (= Die Österreichische Zentralverwaltung III, 1), Wien 1964 — in Betracht. Die Bearbeitung und Veröffentlichung der Ministerratsprotokolle des Jahres 1848 dürften noch einige Zeit beanspruchen.

² Ein Gesamtbild geben V. Theiss, Erzherzog Johann, der steirische Prinz. Ein Lebensbild, Graz 1950. — H. Wiesflecker, Erzherzog Johann. Ein Leben für die Steiermark, Graz 1959. — Insofern Erzherzog Johanns außerösterreichische Bedeutung in Frage steht, konzentriert sich die Literatur, meist ältere, weitgehend auf die napoleonische Zeit. Vgl. aber A. A. Klein, Die Reichsverweserschaft Erzherzog Johanns und die österreichische Frage im Frankfurter Parlament. In: ZHVS 51, 1960, 3—26. — Erzherzog-Johann-Gedächtnisausstellung. Hrsg. v. B. Sutter, Graz 1959. — B. Sutter, Erzherzog Johanns Kritik an Österreich. In: MÖSTA 16, 1963, 165 bis 215. — V. Theiss' Unternehmen einer gründlichen Biographie des Erzherzogs ist ja leider nur bis 1809 bzw. 1811 gediehen.

seine Vermittlertätigkeit zwischen Kroaten und Ungarn geklärt.³ Welche Stelle Johann indessen nach dem März und bis zu seiner zweiten, definitiven Abreise nach Frankfurt in der österreichischen Politik einnahm, ob und welche Bedeutung dieser Stelle zukam, was Johann damals und später in Frankfurt über im engeren Sinne österreichische Betreffende dachte, ist, wenn wir richtig sehen, noch nicht im Zusammenhang dargetan worden. Auch hier können zu dieser Aufgabe nur erste Beiträge geliefert werden, vornehmlich anhand des ziemlich umfangreichen Briefwechsels des Erzherzogs mit Johann Philipp Freiherrn von Wessenberg-Ampringen. Die ganze deutsche Problematik, insbesondere Johanns und Wessenbergs Gedankenaustausch über Frankfurt, wird einstweilen, soviel wie möglich, ausgeklammert und bleibt einer folgenden Arbeit vorbehalten.

I.

Erzherzog Johann hat seit den galizischen Ereignissen von 1846 und den schweizerischen von 1847 die Revolution kommen sehen, wie solches Vorempfinden ja manchem sensiblen Zeitgenossen eignete.⁴ Noch in den ersten Monaten des Sturmjahres hat er freilich die Eruption nicht einfach abwarten wollen. Temperament und Weltauffassung drängten ihn im Gegenteil dazu, wo immer möglich, Einfluß zu nehmen. „Ich bin seit Neujahr in Wien, und diese Zeit ist eine der bittersten, die ich durch mein Leben durchgemacht“, schrieb er damals.⁵ Überzeugt von dem „guten Stoff“, der in den Menschen liege, überzeugt auch davon, daß die rechte Führung und Leitung oder der Mangel an Führung dieser Menschen darüber entscheide, wie sich Staat und Gesellschaft entwickelten, konnte Johann weder vor dem März 1848 ruhen noch im März für das Überleben des vormärzlichen Systems Partei ergreifen, obwohl er von Metternich besser dachte, als damals weithin vermutet und seither tradiert wurde.⁶ Nachdem sich die Wogen der Erregung Wiens geglättet hatten, war Johann wieder in die Steiermark zurückgekehrt; wir übergangen hier seine beruhigende Mission in Graz Mitte März. Bald danach rief ihn der Kaiser

³ Vgl. H. R. v. Srbik, Metternich. Der Staatsmann und der Mensch, Bd. 2, München 1925, 245 ff. — F. Hauptmann, Erzherzog Johann als Vermittler zwischen Kroaten und Ungarn im Jahre 1848, Graz 1972 (= Zur Kunde Südosteuropas II/1).

⁴ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 März 7. Steiermärkisches Landesarchiv, Archiv Meran. Für die Benützungsbewilligung bin ich Dr. Franz Grafen von Meran zu tiefem Dank verpflichtet. — B. Sutter, Erzherzog Johanns Kritik 188. — F. Walter, a. a. O., I f., wo Briefe Johanns an Kübeck aus dem Herbst 1847 referiert werden.

⁵ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 März 7.

⁶ A. Posch, Erzherzog Johann und Metternich. Aus ungedruckten Briefen und Tagebuchaufzeichnungen des Erzherzogs Johann. In: Festschrift Julius Franz Schütz. Hrsg. v. B. Sutter, Graz—Köln 1954, 364—387. — Vgl. auch H. R. v. Srbik, a. a. O., Bd. 3, München 1954, 179.

nach Tirol ab, denn die lombardische und venetianische Revolution und die Kriegseröffnung Sardinien gegen Österreich bedrohten das Alpenland selbst. Johann hatte in Tirol überhaupt und namentlich in Trient die Landesverteidigung zu organisieren — ein Unternehmen, das er, wie sein Brief an den Innenminister Freiherrn von Pillersdorf vom 17. April zeigt, von der ersten Stunde an nicht nur militärisch auffassen durfte: „Die Kunst ist, aus nichts und mit beinahe nichts etwas zu bewirken . . . und doch ist in diesem Volke ein guter Stoff, auf den man rechnen kann. Alles kommt darauf an, die verschiedenen Klassen zu überzeugen, zu beleben, das Vertrauen durch Resultate zu fesseln. Der itzige Zustand ist um so schwieriger, da man nebst dem Kampfe mit dem Feinde irrige Ansichten berichtigen und alle jene Fragen erörtern muß, durch die Ereignisse der letzten Zeit herbeigeführt, welche das Land in zwei Partheien theilen und alles aufregen.“⁷ Die besorgte Wendung von den zwei Parteien wird noch unsere Aufmerksamkeit erheischen.⁸

Die Folgen der Wiener Sturmpetition vom 15. Mai, des Nachgebens der Regierung Pillersdorf vom 16. und ihrer Demission vom selben Tag, die Folgen der Flucht des Hofes nach Innsbruck zogen Johann augenblicklich wieder in einen der beiden politischen Brennpunkte. Am 20. Mai wurde er, in Trient weilend, an das neue Hoflager gerufen.⁹ Treffend ist gesagt worden, daß damals der 15. Mai die Innenpolitik des Kaisertums auf den 15. März zurückgeworfen hatte.¹⁰ Noch stand die Revolution in voller Kraft; sie hatte sie gerade wieder erwiesen. Darum kreisten alle politischen Fragen nun zentral um die nach dem Regierungssystem. Schon Anfang Mai hatten sich die Minister Sorgen gemacht wegen des „noch fortdauernden und mit der konstitutionellen Regierungsform nicht vereinbarlichen Einflusses höchster Personen auf die Staatsgeschäfte“ und unter anderem die Entfernung Erzherzog Rainers und des Grafen Heinrich Bombelles, des Ajo des mutmaßlichen Thronfolgers Franz Joseph, vom Hofe erbeten.¹¹ Nun charakterisierte es die Lage, daß der Kaiser bereits auf der Flucht in Linz und Salzburg Manifeste plante, die nur als Beginn des anti-konstitutionellen Gegenschlags verstanden werden konnten¹², daß Erzherzog Rainer zugleich mit Johann aus Bozen nach Innsbruck gerufen wurde¹³ und daß Metternich Anfang Juni aus England über

⁷ V. Theiss, Erzherzog Johann, der steirische Prinz, 78.

⁸ Vgl. unten.

⁹ J. A. Frh. v. Helfert, Geschichte der österreichischen Revolution im Zusammenhang mit der mitteleuropäischen Bewegung der Jahre 1848—1849, Bd. 2, Wien—Freiburg 1909, 240.

¹⁰ F. Walter, a. a. O., 86.

¹¹ Ebenda, 78 f.

¹² Ebenda, 107 f.

¹³ J. A. Helfert, a. a. O., II, 240.

Bombelles eine Denkschrift an den Kaiser gelangen ließ, die er den zuständigen verantwortlichen Ministern offenbar nicht anvertrauen wollte.¹⁴ Deren Bestreben war es darum vom ersten Tag der Flucht an, den Kaiser so schnell wie nur irgend möglich zur Rückkehr zu bewegen oder wenigstens zur Wahl eines Aufenthaltes in der Nähe von Wien. Die Gefahren der Regierung aus dem Kabinett waren ihnen ja, wie erwähnt, geläufig genug; der direkte, auch in der Substanz auf Ausschaltung der Regierung zielende Verkehr des böhmischen Statthalters Grafen Leo Thun mit dem Hofe¹⁵, die Behandlung des ungarisch-kroatischen Konfliktes an Wien vorbei¹⁶ redeten wenig später eine deutliche Sprache. Daß die Minister nicht bloß auf ihre persönliche Stellung sahen, erweist ein Argument Pillersdorfs im Brief an Erzherzog Johann vom 31. Mai, das, allen taktischen Beiwerks ungeachtet, nirgends mehr Beachtung erreichte als im *Kaisertum Österreich*. Pillersdorf schrieb nämlich, es sei unerlässlich, „daß keine der beiden Ideen sich verbreite, entweder daß schlecht regiert wird, weil das Haupt der Regierung abwesend ist, oder daß sich auch ohne ein solches die Regierung führen läßt“.¹⁷

Um ein Minimum an Einklang zwischen Kaiser und Regierung zu wahren, entsandte das Ministerium schon am 23. Mai den eben ernannten Handelsminister Freiherrn von Doblhoff-Dier nach Innsbruck. Das Wiener, sich selbst das „deutsche“ nennende Ministerium wollte dort nicht schlechter vertreten sein als das ungarische.¹⁸ Doblhoff selbst wollte „darauf bedacht seyn, daß keine Reaktion eintrete“.¹⁹ Als er jedoch in Innsbruck eintraf, hatten die Wiener Unruhen vom 25. und 26. Mai seine Mission bereits schwer erschüttert. Die Kunde von ihnen holte den Minister rasch ein. Doblhoffs zweiter Bericht an die Wiener Minister spricht von dem schrecklichen Eindruck der Nachrichten in Innsbruck. Ein erstes Mal steht die Gefahr an die Wand geschrieben, daß Wien militärisch erobert werden müsse.²⁰ Erzherzog Johann ist augenblicklich in das nun

einsetzende Ringen nicht nur verwickelt, er nimmt an ihm vollen, aktiven Anteil. In der Umgebung des Monarchen ist er der einzige verlässliche Freund der konstitutionellen Regierung. „Doblhoff ist angekommen; ich habe denselben von allem in die Kenntniß gesetzt, allein dem ist nicht genug; ich kann nicht alles erfahren und leiten; ernst und bestimmt spreche ich mich aus“, schreibt der Prinz selbst am 27. Mai an Pillersdorf, noch bevor die neue Wiener Katastrophe am Hof bekanntgeworden ist.²¹ Am 2. Juni stößt zu Johann und Doblhoff der lang erwartete Wessenberg; die drei haben nun in Innsbruck ein erstes Mal den Kampf um das Regierungssystem zu bestehen.

II.

Johann Philipp Freiherr von Wessenberg-Ampringen (1773—1858), aus breisgauischem Adel und Bruder des durch die deutsche Kirchengeschichte bekannteren letzten Generalvikars und Verwesers des Bistums Konstanz, Ignaz Heinrich Wessenberg, war zu Beginn des 19. Jahrhunderts im österreichischen diplomatischen Dienst aufgestiegen und am Wiener Kongreß Österreichs zweiter Bevollmächtigter gewesen. In den 1820er Jahren hatte ihn Metternich infolge im einzelnen kaum erhellbarer Divergenzen bezüglich der deutschen Politik in einen unbegrenzten Urlaub entlassen, 1831 für die Londoner Botschafterkonferenz, die die belgische Frage verhandelte, reaktiviert und dann förmlich pensioniert.²² Ein immenser Briefschreiber²³, blieb Wessenberg gleichwohl den Vormärz hindurch mit dem hohen, 1848 bereits an Jahren und dem Typus nach älteren politischen Personal Österreichs in stetem Kontakt, anscheinend auch mit Angehörigen des Kaiserhauses. Erzherzog Johann war er schon während des unglücklichen zweiten Koalitionskrieges persönlich bekannt geworden, als Wessenberg Dienst im Hauptquartier des Prinzen versah. Ihr Briefverkehr setzt aber erst 1846 stärker ein²⁴, anscheinend

²¹ Der Text des Briefes bei J. A. Helfert, a. a. O., II, 341 ff.; das Zitat 342.

²² A. R. v. Arneth, Johann Freiherr von Wessenberg. Ein österreichischer Staatsmann des 19. Jahrhunderts, 2 Bde, Wien—Leipzig 1898.

²³ Die meisten seiner Briefe sind verschollen, da Wessenbergs Nachlaß offenbar in alle Winde verstreut wurde und dergestalt weder Konzepte von Briefen noch Antworten der Empfänger vorhanden sind, aus welchen geschlossen werden könnte, wo weitere Nachforschung anzusetzen hätte. Ein Hauptstück seines Briefverkehrs, auch dieses aber nicht vollständig, ist allerdings in den verschiedenen Nachlaßteilen des Bruders Ignaz Heinrich erhalten. Vgl. K. Aland, Wessenberg-Studien. In: Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins 95 NF 56, 1943, 550—620. — Der sogenannte „Nachlaß Wessenberg“ des Haus-, Hof- und Staatsarchivs Wien enthält im Wesen die „Tagebücher“ — auch diese nicht solche im eigentlichen Sinne des Begriffs — sowie Amtsschriften, aber nur wenig Korrespondenz.

²⁴ Insgesamt verwahrt das Archiv Meran 288 Briefe Wessenbergs an Erzherzog Johann, davon die meisten aus 1848 und aus späteren Jahren. Ebenda erliegen im Original unsere Briefe Johanns.

¹⁴ Aus Metternichs nachgelassenen Papieren. Hrsg. von dem Sohne des Staatskanzlers Fürsten R. Metternich-Winneburg, Bd. 8: In der Ruhezeit 1848—1859, Wien 1884, 424—432. — Wenige Tage zuvor hatte Metternich an den in Innsbruck weilenden Wessenberg geschrieben, ihrer beider vollkommene Übereinstimmung beschworen — und der Denkschrift keine Erwähnung getan. Ebenda, 421 f.

¹⁵ F. Walter, a. a. O., 139 ff. — F. Prinz, Prag und Wien 1848. Probleme der nationalen und sozialen Revolution im Spiegel der Wiener Ministerratsprotokolle, München 1968 (= Veröff. des Collegium Carolinum 21).

¹⁶ H. Friedjung, Österreich von 1848 bis 1860, Bd. 1: Die Jahre der Revolution und der Reform 1848 bis 1851. 2. Aufl., Stuttgart—Berlin 1908, 64 und 71.

¹⁷ Handschriftlicher Nachlaß des Freiherrn von Pillersdorff, Wien 1863, 140 ff.; das Zitat 142.

¹⁸ F. Walter, a. a. O., 115.

¹⁹ Ebenda, 115 f.

²⁰ Doblhoff am 30. Mai 1848 aus Innsbruck, bei F. Walter, a. a. O., 129.

als Folge eines Besuches, zu dem Wessenberg im Herbst des Jahres auf den Brandhof geladen worden war.²⁵

Die Distanz zu Metternich hatte Wessenberg den Ruf eines Freisinnigen, seine maßgebliche Mitarbeit an der Gestaltung des Deutschen Bundes, sein dauernder Aufenthalt in Freiburg und Umgebung den eines Kenners der deutschen Materie verschafft. 1848 erinnerte man sich seiner sehr rasch. Auf Intervention der Staatskanzlei war es schon am 9. April kein anderer als Erzherzog Johann, der Wessenberg aufforderte, den Posten des österreichischen Präsidialgesandten in Frankfurt zu übernehmen.²⁶ Mit Rücksicht auf sein Alter, Familiensorgen und seine Gebrechlichkeit lehnte Wessenberg ab.²⁷ Wohl aber reiste er, um dem Erzherzog genau berichten zu können, im April privat nach Frankfurt.²⁸ Vier Wochen später ging ein ernsterer Ruf an ihn. Die Minister in Wien hatten das Demissionsgesuch ihres Präsidenten und Ministers des Äußeren, des Grafen Ficquelmont, ohne weiteres zur Kenntnis genommen, nachdem diesem am 4. Mai wegen seiner angeblich reaktionären Gesinnung eine „Katzenmusik“ bereitet worden war.²⁹ Sie schlugen dem Kaiser Wessenberg als Nachfolger für das Auswärtige vor, ja sie ließen die Ernennung am 8. Mai vollziehen, bevor Wessenberg aus Freiburg eine Antwort hatte geben können.³⁰ Diese, eine nur bedingte Zusage, traf erst am 19. Mai in Wien ein.³¹ Unterdessen aber hatte die Regierung selber schon am 16. ihre Gesamtdemission gegeben und dem Hof zugleich primo loco Wessenberg, secundo loco den galizischen Statthalter Grafen Franz Stadion als die Personen empfohlen, die mit der Neubildung eines Ministeriums beauftragt werden konnten.³² Als Wessenberg unterwegs in Regensburg von der Demission — nicht auch von dem nachfolgenden Vorschlag der Regierung — erfuhr, wollte er von einer Amtsannahme nichts mehr wissen. „Jawohl, alles ist interimistisch geworden!“ schrieb er resigniert an Pillersdorf.³³ Dennoch kam er nach Wien — gerade zur rechten Zeit, um den Aufruhr des 26. Mai zu erleben. „Der gestrige Tag und die letzte Nacht waren die schrecklichsten, die ich je erlebt habe“, schrieb er an Erzherzog Johann.³⁴ Trotzdem überredete Pillersdorf Wessenberg zur Annahme³⁵, wenn auch noch nicht zum offiziellen Amtieren.³⁶ Wessenberg wollte zuvor nach Innsbruck.

²⁵ A. v. Arneth, a. a. O., 209 ff.

²⁶ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 April 9.

²⁷ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 April 15 und 16. Prägnant heißt es im Brief vom 16.: „Zu der erwähnten Stelle aber taugt nach meiner Überzeugung kein Invalide...“

²⁹ F. Walter, a. a. O., 70.

³¹ Ebenda, 123.

³³ Ebenda, 124.

³⁵ F. Walter, a. a. O., 124.

²⁸ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 April 30.

³⁰ Ebenda, 72.

³² Ebenda, 87.

³⁴ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Mai 27.

³⁶ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Mai 27.

III.

Rückkehr des Kaisers nach Wien, lautete die oberste Maxime des Ministeriums. Ihre sachliche Substanz hatte diese Perspektive des Ministeriums darin zu finden, daß die „Konzessionen“ des 16. Mai, weil abgepreßt, relativiert, weil ohne Anhören der Provinzen erlassen, revidiert werden sollten. So stand es in Doblhoffs Instruktion für Innsbruck vom 22. Mai³⁷ und in Schreiben Pillersdorfs an seinen präsumptiven Nachfolger in der Ministerpräsidentschaft, Franz Stadion, sowie an Erzherzog Ludwig vom 23. bzw. 24. Mai.³⁸ Da hieß es, daß zwar auch in der Hauptstadt das Bedürfnis einer starken Regierung gefühlt werde, „diese aber durch schwankende Elemente in Wien, durch drohende in den Provinzen, durch feindliche von außen gefährdet“ sei. Die Flucht des Kaisers habe gewiß Eindruck gemacht und manchen Schwankenden zurückgeführt, aber noch herrsche Mißtrauen. „Eine Reaktion würde dieses nähren... daraus folgt aber auch nicht, daß der 15. Mai mit seinen Konsequenzen anerkannt werden müsse. Das Ministerium hat ihn durch seine Demission desavouiert, und die Provinzen können nun ein gewichtiges Wort sprechen.“ Erzherzog Johann stimmte dem absolut zu.³⁹ Unter Hinweis auf die Deputationen aus den Provinzen, die Tag für Tag nach Innsbruck kamen, formulierte er, daß der Hof selbst sowohl wie die Provinzen den Kaiser erst dann nach Wien zurücklassen wollten, „wenn sie die gehörigen Garantien für des Kaisers Sicherheit und constitutionelle Unabhängigkeit haben. Die sollen darin bestehen, daß die z u l e t z t erzwungenen Concessionen nicht gültig, die Militärmacht unabhängig, die Aula gesperrt und die Studierenden zur Ordnung gewiesen, endlich ein gerechtes Preßgesetz der zügellosen Frey- und Frechheit Schranken setze“; Garantien sollte es auch für die Freiheit der Beratungen der Minister und später für die des Reichstages geben. „So stehen nun die Sachen“, sagte Johann. Er wußte nicht, daß sie bereits ganz anders standen. Denn eben der Versuch, sich gegenüber der Aula zu behaupten, war tags zuvor in Wien gänzlich fehlgeschlagen und hatte Pillersdorfs Ansehen in Innsbruck vollends kompromittiert.

Es scheint nun ziemlich sicher, daß Wessenberg in dieser Phase Distanz gegenüber dem Wiener Ministerium fühlte und auch suchte. Helfert weiß, daß Wessenberg ziemlich entrüstet über die Schwäche gewesen sei, die die Regierung bei den Demonstrationen gegen Ficquelmont ge-

³⁷ F. Walter, a. a. O., 119.

³⁸ Ebenda, 125 f. — Der Brief an Stadion steht in vollem Text bei J. A. Helfert, a. a. O., II, 348 ff.; das Zitat 349.

³⁹ Brief an Pillersdorf 1848 Mai 27; der Text bei J. A. Helfert, a. a. O., II, 341 ff.; das Zitat 342.

zeigt hatte.⁴⁰ Wirklich tritt hierin eine Quelle für den Autoritätsverlust zutage, den namentlich Pillersdorf schon sehr früh beim Hof erlitt. Erzherzog Johann schrieb im Spätherbst, als Pillersdorf sich zum Sprecher des Reichstages im belagerten Wien gegen die Armee Windischgrätz machte, er sei zwar stets gut mit dem Minister ausgekommen, habe aber seit jenem 4. Mai nie ganz den Verdacht verloren, daß Pillersdorf im geheimsten doch zur Republik neige.⁴¹ Dieser Verdacht ging objektiv zweifellos in die Irre; er zeigt aber die Sensibilität selbst jener Hofkreise, die der freisinnigen Bewegung an sich mit Verständnis entgegen-, ja an die Seite traten. Wessenberg jedenfalls wußte seine Stellung Ende Mai in Wien klug zu beziehen. Zwar ließ er sich von Pillersdorf überzeugen — oder nur versichern —, daß auf ihn, Wessenberg, der Demissionsbeschluß der Regierung vom 16. Mai sich nicht erstreckte⁴², er vermied es aber zugleich, in Wien zu bleiben und zu amtieren. Er verlegte seine Tätigkeit an den Hof nach Innsbruck. Zustatten kam ihm dabei, daß, teils aus eigenem Antrieb, teils anscheinend über direkte Aufforderung durch Erzherzog Franz Karl⁴³, das diplomatische Korps gegen alle Einwände und Bemühungen der Wiener Minister⁴⁴ ebenfalls nach Innsbruck gegangen war. Wessenberg erwähnt diesen Sachverhalt im Brief an Erzherzog Johann bemerkenswerterweise als reine Tatsache ohne allen bedauernden Kommentar. Seine Motive aber werden dort sichtbarer, wo er in demselben Brief sagt, die Unsicherheit in Wien gestatte „keine freie Wirksamkeit“, er wünsche in Innsbruck die Befehle des Kaisers zu empfangen, Johann manches lieber mündlich als schriftlich vorzutragen und dabei des Erzherzogs Ansichten und Urteile zu vernehmen.⁴⁵ Die Wendung, wonach seine Abreise von Wien davon abhängen würde, daß sie die Studenten erlaubten, trägt bereits unverkennbar polemischen Charakter, der sich drei Tage später — Wessenberg ist inzwischen in Linz — zu offener Kritik an Pillersdorfs Proklamation vom 27. Mai steigert, da diese verspricht, den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen. Davon, meint Wessenberg, könne fürs erste keine Rede sein. Er will jetzt Johann vielmehr darlegen, was er über die Lage denkt und wodurch „wieder eine festere Stellung im In- und Ausland zu gewinnen“ wäre.⁴⁶

Was immer er darüber gedacht haben mag; ob es nun zutrifft oder nicht, daß der Hof in ihm einen Mann seines Vertrauens gewissermaßen im Gegensatz zu den homines novi in Wien sehnlich erwartete: Die ersten

⁴⁰ Ebenda, II, 283.

⁴¹ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 6.

⁴² Dazu F. Walter, a. a. O., 123 f.

⁴⁴ F. Walter, a. a. O., 117 f.

⁴⁵ 1848 Mai 27.

⁴³ J. A. Helfert, a. a. O., 286.

⁴⁶ 1848 Mai 30.

Eindrücke in Innsbruck müssen Wessenberg augenblicklich überzeugt haben, daß er sich jedenfalls mehr gegen die Umtriebe in der Umgebung des Herrschers zu wenden hatte als gegen das Ministerium. Doblhoffs erster Bericht nach Wessenbergs Ankunft bezeugt ihrer beider volle Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage.⁴⁷ Somit kam Wessenberg von der ersten Stunde an in Innsbruck geradeso die Funktion des wichtigsten persönlichen Mediums zwischen den Ministern und Erzherzog Johann zu — trotz aller Hilfe, die Johann Doblhoff angedeihen ließ, entwickelte sich zwischen beiden offenbar kein engerer Verkehr⁴⁸ —, wie Erzherzog Johann und Wessenberg gemeinsam diese durch ihr persönliches Kapital an Vertrauen ermöglichte Funktion bei der kaiserlichen Familie selbst zuwuchs. Doblhoff jedenfalls hatte vor Wessenbergs Ankunft schon konstatieren müssen, daß der Hof „ohne Wessenberg nichts von Bedeutung unternehmen“ wollte, wogegen seine eigenen „Rathschläge theils als Wagnisse, theils als unwürdige Beweise der Schwäche und einer schädlichen, die Provinzen verletzenden Nachgiebigkeit gehalten“ wurden.⁴⁹

Die gleichzeitige Anwesenheit Erzherzog Johanns und Wessenbergs in Innsbruck hat begreiflicherweise einen Briefwechsel zwischen ihnen unnötig gemacht, wir sind nicht zuletzt darum über die damaligen Vorgänge nicht im einzelnen unterrichtet. Das politische Terrain, auf dem Johann, Wessenberg und Doblhoff sich bewegen mußten, war aber jedenfalls schwierig genug. Der Kampf um das Regierungssystem, in dieser Phase in hohem Maße identisch mit dem Problem der Bewältigung der Revolution überhaupt, wurde nämlich unter anderem auch bereits unter kulturkämpferischen Aspekten, da und dort als Kampf zwischen rechtem Glauben und Unglauben ausgetragen. Ein Brief Erzherzog Johanns an Pillersdorf vom 27. Mai, einer der wenigen Briefe, die den Prinzen im direkten politischen Handeln zeigen, ist dafür ungemein kennzeichnend: „Als ich nach Tyrol kam“, heißt es da, „fand ich die religiöse Aufregung sehr groß; es gelang mir, dieselbe zu beschwichtigen, und ich hoffte, in dieser Sache Ruhe zu haben. Allein dem ist nicht so. Die Wiener Ereignisse und der Aufenthalt des kaiserlichen Hofes! hat einer Parthey Muth gemacht, die nun das Volk bearbeitet, ihm Gefahr für die Religion, für die Geistlichkeit und die Nothwendigkeit der Erhaltung des stets in Tyrol waltenden Pricips, daher auch den Nutzen gewisser religiöser Orden

⁴⁷ F. Walter, a. a. O., 133.

⁴⁸ Das Archiv Meran verwahrt nur 4 Briefe Doblhoffs, nämlich 1848 Juli 9, 10, 11 sowie einen aus 1850. Der Ton des letzten läßt schließen, daß der Erzherzog und Doblhoff nur noch ganz beiläufigen Umgang miteinander hatten, was wiederum einen Rückblick auf 1848 gestattet.

⁴⁹ F. Walter, a. a. O., 132 f.

schildert. Hierin mußte ich manches hören, und die Wege, welche eingeschlagen wurden, liegen mir klar vor; dermalen heißt es: rein passiv bleiben, um großes Übel zu verhüten. Die Sache wird auf dem Landtage hitzig durchgefochten werden, und ich muß trachten, daß nicht eine solche Spaltung entstehe, daß wir zwei feindliche Partheyen gegeneinander rücken sehen. Der Zeit muß es überlassen bleiben, die Sache zu schlichten, vorzüglich wenn einmal jene, an die man sich ankert, wieder in Wien oder wo immer seyn werden. Wir erwarten eine große Bauern-Deputation mit ein paar tausend Unterschriften; dieses ist durch die Vorspiegelung bewirkt worden, es sey nöthig zur Erhaltung der katholischen Religion; den Leuten wird gesagt: [Statthalter] Brandis und die katholische Religion sey eins. Hier ist dermalen nichts zu thun: temporisiren, gar nicht die Sache beachten, und — ist einmal der Hof von Innsbruck weg — Brandis, über welchen ich sonst keine Klage habe, nach Wien einberufen auf eine Weise, wo er sich noch bedanken muß, als Zeichen des Vertrauens, und hier nicht mißbilligt werden kann: — dafür Chorinsky. Also: — dermalen vertagen.⁵⁰ In diese Spannungen gehörte auch Doblhoffs Sorge vor der militärischen Niederwerfung Wiens — Reflex der getrübtten Beziehungen zwischen Regierung und Armee.⁵¹ Die Idee, die offenbar umging, entsetzt Doblhoff, er widerrät ihr entschieden und er argumentiert, daß die Preisgabe Wiens, d. h. wohl die Preisgabe des intellektuellen Potentials der Hauptstadt, auch die Provinzen „verdorren“ lassen werde.⁵²

Von solchen kulturpolitischen Aspekten abgesehen, in denen sich Doblhoffs zentralistisches Wiener Lokalempfinden ausspricht, war der Augenblick in der Tat für Österreich unerhört kritisch. Revolution und Revolutionskrieg in Italien; drohender Aufruhr in Galizien; beginnende Separation Ungarns; eigener Weg Böhmens, angekündigt in den Postulaten der Wenzelsbad-Versammlung, und Palackýs Absage an Frankfurt, fortgeführt in Thuns Landtagspolitik; eben in die Blüte schießende Begeisterung für die deutsche Einigungsbewegung und das gerade konstituierte Frankfurter Parlament: jetzt, vor der Wahl und dem Zusammentritt des österreichischen Reichstages den Bruch mit der noch durchaus euphorischen liberalen Welle zu vollziehen, die noch keine Ernüchterung,

⁵⁰ Text bei J. A. Helfert, a. a. O., II, 341 f. — Ähnliche Sorgen bezüglich Tirols quälten Johann noch im Herbst; vgl. seinen Brief an Wessenberg 1848 Oktober 26.

⁵¹ Vgl. unten S. 173 f., 183. — Noch bei Helfert erscheint diese Facette der Innsbrucker Auseinandersetzungen in dem polemischen, Sachverhalte und Motive grob verzerrenden Satz: „Der drohende Verlust zweier schöner Provinzen war für das konstitutionelle Prinzip eine Sache von sekundärer Bedeutung.“ J. A. Helfert, a. a. O., II, 277.

⁵² Doblhoff am 30. Mai aus Innsbruck, bei F. Walter, a. a. O., 129.

die das Erlebnis der Pariser Juni-Schlacht noch nicht erfahren hatte, hieß wirklich, Österreich allein auf die Armee und auf die alpenländischen und südslawischen Provinzen zu gründen, aus denen allerdings Tag für Tag Deputationen zur Huldigung nach Innsbruck kamen, deren politische Stimmung aber doch nichts weniger als zweifelsfrei war. Es ist wahrscheinlich nicht übertrieben, zu sagen, daß im Frühsommer 1848 in Innsbruck im Streit um „Reaktion“ und militärischen Zugriff einerseits, konstitutionelle Regierung andererseits zugleich über die Existenz, mehr noch als über die Gestalt des Gesamtstaates entschieden wurde. In historischer Perspektive kam hinzu, daß damals das Ringen um konstitutionelles oder absolutistisches Regierungssystem im engeren Sinne einsetzte, das über die Jahre 1848 bis 1852, die jüngst wieder stark in den Blickpunkt getreten sind⁵³, über Schmerling, über 1867 und über das „Bürgerministerium“ hinaus bis zur Problematik der Regierungen der Jahrhundertwende und weiter bis in den Weltkrieg hinein bei freilich im einzelnen wechselnden Aspekten von wahrscheinlich noch gar nicht genug ermessenem Belang blieb.

IV.

In Innsbruck setzten sich Erzherzog Johann, Wessenberg und Doblhoff fürs erste durch. Sie hatten großen Anteil an der Formulierung und Proklamation zweier Manifeste des Kaisers vom 3. Juni für die Bewohner Wiens und vom 6. Juni für die Provinzen, in welchen zwar das Betragen der Wiener vom 15. Mai gerügt wurde, die Zugeständnisse dieses Tages, insbesondere das, dem Reichstag verfassunggebende Kompetenz zuzusprechen, aber aufrecht blieben.⁵⁴ Damit war immerhin wieder eine gewisse Basis gewonnen. Die Neubildung der Regierung wurde noch nicht definitiv entschieden. Graf Stadion, auf den auch Erzherzog Johann große Erwartungen gesetzt hatte⁵⁵, lehnte, nach Innsbruck gekommen, am 11. Juni ab; Pillersdorf wurde beauftragt. Der nahm nur bedingt an, wollte sich erst gelegentlich der Rückkehr des Kaisers nach Wien endgültig entscheiden und bis dahin sehen, ob er bei den österreichischen Völkern Vertrauen fände.⁵⁶ Die Heimkehr des Herrschers wurde wirklich

⁵³ Vgl. H. Rumpfer, Ministerratsprotokolle 1848—1867. Behördengeschichtliche und aktenkundliche Analyse. In: Die Protokolle des Österreichischen Ministerates 1848—1867. Einleitungsband, Wien 1970, 11—108.

⁵⁴ F. Walter, a. a. O., 164 f.

⁵⁵ In dem Brief an Pillersdorf vom 27. Mai; vgl. J. A. Helfert, a. a. O., II, 342.

⁵⁶ F. Walter, a. a. O., 159 und 166. — Vielleicht steht mit dieser Betrauung Pillersdorfs auch Wessenbergs Demissionsgesuch vom 16. Juni, das wieder mit Gesundheitsrücksichten begründet wurde, in Zusammenhang. Es erstaunt ein wenig, daß die Regierung in Wien es glatt annahm, ohne daß der Kaiser es dann allerdings effektuierte.

für den Zeitpunkt des Zusammentritts des Reichstages in Aussicht genommen.⁵⁷ Tatsächlich aber kam in der ersten Juni-Hälfte eine andere Lösung des Problems zur Geltung, das die räumliche Distanz zwischen Hof und Regierung aufgeworfen hatte. Schon am 24. Mai hatten die Minister bei den Erzherzogen Johann und Franz Karl unter anderem angeregt, der Kaiser möge, wenn er nicht persönlich kommen könne, ein „alter ego“ ernennen⁵⁸; am 30. Mai erbat die Regierung ausdrücklich Johann zur Vorbereitung des Reichstages nach Wien, und am 31. schrieb sie an Franz Karl, seine Nähe beim Kaiser sei noch wichtiger als die Beruhigung der Hauptstadt.⁵⁹ Pillersdorf dachte sich das alter ego im Privatbrief an Johann vom selben Tag noch „ohne Vollmacht und ohne Regierungsgewalt, damit jene nicht mit Forderungen bestürmt, diese nicht abgenützt werde“; „bringen Sie Hoffnungen, Geneigtheit zur Versöhnung, Bedingungen um diese schnell ins Werk zu setzen, lassen Sie, ohne selbst an Regierungsgeschäften Theil zu nehmen, die Parteien mit ihren Wünschen, Klagen und Forderungen vor sich treten; die Ideen werden wenigstens eine andere Richtung nehmen, die Besseren werden einen Stützpunkt gewinnen, die Schwachen und Schwerfälligen nicht bloß zwischen der Bureaukratie und der Agitation zu wählen haben“.⁶⁰ Erzherzog Johann aber urteilt mit tiefer Skepsis über diese Mission.⁶¹ Er will für Kaiser und Vaterland alles tun, er anerkennt, daß seine Aufgabe lautet: „Frieden der Kaiserstadt geben, die Ordnung herstellen, die Wünsche aller Jener erfüllen, denen das Vaterland werth ist. Mein Herz spricht laut: hilf wie du kannst; mein Verstand fragt: vermagst du es auch?“ Und er kommt zum Schluß, daß er gewiß herzlich empfangen werden würde, daß aber bald, „da Jene, welche dem Umschwung zum Guten feind, ihr Unternehmen nicht aufgeben wollen“, Forderungen an ihn gestellt werden würden, die er ablehnen müßte, so daß er zu wählen hätte zwischen dem Eklat und der Rolle eines vielleicht gut gehaltenen Gefangenen. Dennoch hat sich Johann umstimmen lassen. Nach einem letzten, erfolglosen, wie Doblhoff sagte, unglaubliche Selbstverleugnung erfordernden Vorstoß beim Monarchen, selbst nach Wien zu kommen, setzen es Wessenberg und Doblhoff am 14. Juni durch, daß Johann förmlich Stellvertreter des Kaisers werde, wogegen sich der Herrscher für die Dauer der Stellvertretung von der Regierung zurückzog. Am 17. Juni wird das von den beiden Ministern entworfene Handschreiben für Johann unterzeichnet und sofort publiziert.⁶² Am 24. Juni trifft der Erzherzog in Wien ein.⁶³

⁵⁷ F. Walter, a. a. O., 177.

⁵⁸ Ebenda, 126.

⁵⁹ Ebenda, 176 f.

⁶⁰ Handschriftlicher Nachlaß des Freiherrn von Pillersdorf, a. a. O., 142.

⁶¹ Seine Antwort ebenda, 144 f.

⁶² F. Walter, a. a. O., 178 ff.

⁶³ Ebenda, 182.

V.

Zu kontinuierlicher fruchtbarer Arbeit gelangte die nun wieder in Wien vereinigte Regierung indessen nicht so bald. Schon am 26. Juni trafen aus Frankfurt Nachrichten ein, wonach dort an Erzherzog Johann als Reichsverweser gedacht wurde. Am 29. erfolgte dort wirklich die Wahl, Wien wußte davon am 2. Juli.⁶⁴ Während nun darum gerungen wird, ob Johann nach Frankfurt gehen solle oder ob er in Wien bleibe — die Unvereinbarkeit beider Funktionen war mindestens Wessenberg, wenn nicht a priori, so infolge der Berichte des Bundestagsgesandten Schmerling, von Anfang an vollkommen evident⁶⁵ —, werden in Wien noch energische Maßnahmen gesetzt. Pillersdorf fällt beim Sicherheitsausschuß, aber auch bei Johann.⁶⁶ Doblhoff bildet die neue Regierung.⁶⁷ Mit seiner und Wessenbergs Ausnahme besteht sie gänzlich aus neuen Männern. Doblhoff ist es, der Wessenberg als Ministerpräsidenten vorschlägt.⁶⁸ Die beiden haben sich offenbar in Innsbruck gefunden, geradezu begeistert urteilt Wessenberg über den Kollegen noch ein Jahr später: „Doblhoff hat eine unermüdliche Tätigkeit in Innsbruck an den Tag gelegt, um dem gänzlichen Stocken in den inländischen Geschäften zu begegnen. Er unterhielt allein die Korrespondenz mit dem ratlosen Ministerium in Wien. Jene drei in meinem Andenken unvergeßlichen Wochen in Innsbruck hätten hingereicht, den Stärksten der Starken niederzubeugen. Hat ja Stadion den dortigen Anblick nicht 24 Stunden lang ertragen.“⁶⁹

Der seitdem „Ministerium Wessenberg—Doblhoff“ genannten Regierung hat Friedrich Walter, einer der besten Kenner der Materie, im Gegensatz zu Pillersdorf, ein gutes Zeugnis ausgestellt.⁷⁰ Sie zeigte konstitutionelles Selbstbewußtsein in ersten Auseinandersetzungen mit Fürst Alfred Windischgrätz, der soeben den Prager Pfingstaufstand niedergeschlagen hatte und sich anschickte, eine politische Rolle zu übernehmen, sie zeigte Energie, als sie den böhmischen Statthalter Grafen Thun abberief. Die kühle Reserve gegenüber Radetzky's Politik, Österreich seine italienischen Provinzen zu erhalten, machte einer Bereitschaft Platz, das Engagement in Oberitalien zu verstärken. Damit nahm auch

⁶⁴ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Juli 2.

⁶⁵ So gegen F. Walter, a. a. O., 182, der die Berichte aus Frankfurt anscheinend nicht verwertete.

⁶⁶ F. Walter, a. a. O., 183 f. — Wessenberg hat später seltsamerweise gemeint, jeden Anteil an Pillersdorfs Fall bestreiten zu müssen. Vgl. Briefe von J. Ph. Frh. v. Wessenberg aus den Jahren 1848—1858 an Isfordink-Kostnitz, Leipzig 1877, 25.

⁶⁷ F. Walter, a. a. O., 182 ff.

⁶⁸ Ebenda, 185.

⁶⁹ Ebenda, 181.

⁷⁰ Ebenda, 187 ff.

das schwelende Mißtrauen zwischen Armee und Regierung langsam ab.⁷¹ Allerdings sind sowohl Erzherzog Johann wie Wessenberg im Sommer und Herbst 1848 noch weit davon entfernt, die Lombardei zurückgewinnen zu wollen. Sie wünschen raschen Friedensschluß mit dem Mincio als Grenzlinie. Die ihnen in Frankfurt wie in Wien bekanntwerdenden internationalen Verwicklungen des Problems — das England Palmerstons verlangt von Österreich weitgehende territoriale Verzichtete in Italien, das revolutionäre Frankreich schickt sich an zu intervenieren, die deutsche Nationalversammlung drängt ihre Vermittlung auf und droht, mit diesem Großmachtgestus die europäischen Mächte, nicht zuletzt Rußland, vollends zu mobilisieren — haben Johann und Wessenberg dabei vor allem bestimmt.⁷² Aber es fehlt auch nicht an der Erwägung, daß die Lombardei auf Dauer doch nicht gehalten werden könne: „Ohne ihrer besseren Einsicht vorzugreifen“, schreibt Johann an Wessenberg, „glaube ich bei meiner alten Meinung zu beharren, daß Österreich besser fahren würde, wenn es sich auf die Linie des Mincio oder jener des Venetianischen Gouvernements beschränkte, und die Lombardei fahren ließe, wenn ein Oest(erreichischer) Prinz dahin kommt und sie einen Theil der National Schuld übernehmen, als gezwungen zu seyn, eine kostbare Armee gelähmt zu sehen und täglich neuen Unruhen ausgesetzt zu seyn. Mit 40.000 Mann kann man das Venezianische Behaupten und 50 bis 60.000 für die Monarchie zur Disposition ersparen, die izt in der Lombardei nothwendig sind. Es ist sehr zu wünschen, daß da bald ein Ende gemacht werde, sonst könnte der Errungene Sieg verlohren gehen und der Feldmarschall wieder unter den Mauern von Verona sich begeben müssen — eine Wiederholung dessen, was wir gesehen, ist nicht zu wünschen.“⁷³

Nach anfänglichen Schwierigkeiten gewinnt die Regierung auch ein ziemlich fruchtbares Verhältnis zum Reichstag. Ihr erstes Hintreten vor ihn in Gestalt der Thronrede, die Erzherzog Johann gelegentlich der formellen Eröffnung am 22. Juli verliest, zeigt zwar noch kein spezifisches Programm, doch scheint dies weniger eine Spiegelung von Ratlosigkeit gewesen zu sein⁷⁴ als das Resultat einer mehr parlamentarischen Auffassung vom Regierungssystem, als sie in der Zeit nach 1867, auch damals erst als Folge heftiger Auseinandersetzung, üblich wurde.⁷⁵ Nach und

⁷¹ Ebenda, 171 ff., 183 f., 193.

⁷² Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Juli o. D.; August 22, 24, 28; September 4, 16, 21. Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 August 16; September 6; Oktober 26; November 6.

⁷³ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober 26.

⁷⁴ F. Walter, a. a. O., 200.

⁷⁵ Vgl. unten S. 183 f. — F. Fellner, Kaiser Franz Joseph und das Parlament. Materialien zur Geschichte der Innenpolitik Österreichs in den Jahren 1867—1873. In: MÖSTA 9, 1956, 287—347.

nach fällt jedoch der Regierung die Führung des Reichstages zu, wobei ihr gewiß der Wechsel der tschechischen Politik von revolutionärer Euphorie zum praktizierten Austroslawismus — Reflex des Pfindgstaufstandes und des Soges, den Frankfurt ausübte — zugute kam. Ende Juli erwirkte die Regierung bei Erzherzog Johann die Vorsanktion zweier Gesetzesentwürfe, die dem Schutz der Abgeordneten und der Unverletzlichkeit des Reichstages weniger vor der Regierung als vor der Straße galten. Die definitive Sanktion blieb später freilich aus, nachdem Johann wieder nach Frankfurt gegangen war.⁷⁶ Die Frage der Grundentlastung mit oder ohne Entschädigung führte schließlich zu weitgehender Klärung des Verhältnisses von Regierung und Reichstag: Das Ministerium setzte die Entschädigung ebenso durch wie das Prinzip, wonach Reichstagsbeschlüsse nicht eo ipso, sondern erst auf Grund kaiserlicher Sanktion und anschließender Kundmachung durch die Regierung Gesetzeskraft erhielten.⁷⁷ Für beide überaus gravierende Materien gewann das Ministerium die Majorität im Reichstag. Wenn die Regierung ursprünglich nur so lange im Amt hatte bleiben wollen, bis „ein wirklich definitives Ministerium aus der im Reichstage obsiegenden Majorität hervorgehen würde“⁷⁸, dann erübrigte sich nun der Regierungswechsel. Doblhoffs Prämisse, „daß die constitutionelle Regierung nur dann auf Dauer und festen Bestand rechnen könne, wenn sie im Volke wurzle . . . und auf die Mitwirkung der Mehrheit (sic!) der Staatsbürger bauen könne“⁷⁹, war in einem ernsteren Sinn erfüllt, als die Wochen im Oktober scheinen ließen, von denen Bach nicht paradoxerweise, sondern recht konsequent sagte, sie wären, da die Regierung im Reichstag stets die Mehrheit besessen habe, nur eine „heil-same Krise“, die „die völlige Unfähigkeit der Opposition im Reichstage klar“ gemacht hätten.⁸⁰ Wirklich waren die Weichen für ein Verhältnis von Regierung und Reichstag, wie es dann das Parlament von Kremsier mit seinem starken Willen zur Kooperation ermöglicht hätte, bereits im Spätsommer 1848 weitgehend gestellt und befahren, und die Zeitgenossen, voran Erzherzog Johann und Wessenberg, gaben sich nicht einfach Tagträumen hin, wenn sie die Lage in diesen Wochen vorsichtig positiv beurteilten.⁸¹ Die Krise, die in Frankfurt gelegentlich des Aufruhrs nach dem Waffenstillstand von Malmö Mitte September ihren Höhe- und Wendepunkt erreichte, und die Mittel, die von Erzherzog Johann und Schmerling erfolgreich angewandt wurden, sie zu bewältigen, nämlich streng

⁷⁶ F. Walter, a. a. O., 202 f.

⁷⁷ Ebenda, 206.

⁷⁸ Ebenda, 184 f.

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ Ebenda, 237.

⁸¹ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 August 16. Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 September 6.

konstitutionelle Politik gepaart mit überlegenem militärischen Eingreifen bei Ruhestörung: sie beide sollten nach des Erzherzogs Vorstellung ebenso belehrend auf Wien wirken⁸², wie umgekehrt die klaglose konstitutionelle Praxis des damaligen Wien moralisch-politische Eroberungen Österreichs in Deutschland machen sollte und nach Johanns Urteil bereits machte.⁸³

VI.

Vom Standpunkt der aktiven revolutionären Partei war der Wiener Oktoberaufstand eine der reinen Verzweiflungstaten, die anderswo noch zahlreich folgen sollten. Das Resultat der Kraftproben von Prag im Juni, von Frankfurt im September hätte die Revolutionäre lehren müssen, daß sie nicht mehr siegen, sondern nur noch die Gegenrevolution provozieren konnten. Nachdem der Reichstag zusammengetreten war und seinen gemäßigten Charakter demonstriert hatte und seitdem der Staat wieder über mindestens eine intakte Armee im Landesinnern gebot, vermochte der Aufruhr in Wien zwar wohl noch die Minister zu zerstreuen — und einen von ihnen zu ermorden —, jedoch nicht mehr die bereits angebahnte Stabilisierung rückgängig zu machen.

Die Krise in Wien war von Ungarn und seiner Auseinandersetzung mit Jellacic hergekommen. Ihre Zuspitzung spiegelte sich auch in Erzherzog Johanns Briefen. Im Juni hatte er den Schwerpunkt der ungarischen Regierung bei so maßvollen Männern wie Eötvös und Széchenyi gesehen, mit denen er auch eine Verständigung bezüglich Kroatiens für möglich hielt.⁸⁴ Im September hoffte er bereits auf die Wahrheit des Gerüchtes, wonach das Ministerium in Ungarn stürze. Denn so sehr er Eötvös, Széchenyi und Deák weiter anerkannte, nun blieb ihm doch immer noch Kossuth, und eine Lösung sah er nur darin, daß Kriegs- und Finanzwesen sowie Außenpolitik in Wien konzentriert würden. Die „innere Verwaltung mag ihnen [den Ungarn] so wie jeder einzelnen Provinz des Kaiserstaates bleiben.“⁸⁵ Hier kündigte sich bei Johann die Konzeption des Oktoberdiploms von 1860 an. Ende September wünschte Johann, daß der Palatin Erzherzog Stephan Pest verlasse und nach Wien gehe.⁸⁶ Hier in Wien war die kommende Krise in den Reichstagsdebatten um die Anhörung einer ungarischen Deputation offenbar geworden. In ihnen ge-

⁸² Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 September 25.

⁸³ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober 18: „Die Wiener Geschichten haben meine Pläne gewaltig verrückt, ich war auf Gutem Wege, die Blicke nach Oest (-erreich) hinzuleiten.“

⁸⁴ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Juni 29.

⁸⁵ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 September 6.

⁸⁶ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 September 28.

dieh die Polarisierung zwischen Rechter und Linker zur Reife⁸⁷, ein Prozeß, der Wessenberg auch eine Umbildung der Regierung notwendig erscheinen ließ. Von Erzherzog Johann erbat er Einwirken auf Bruck und Schmerling, damit diese den Ruf in die Wiener Regierung annähmen.⁸⁸ Trotzdem traf auch Wessenberg die Explosion des 6. Oktober ganz unvorbereitet. Mit Bach ist er in den kritischen Stunden beim Grafen Latour im Kriegsministerium. In letzter Minute gelingt ihm und Bach die Flucht. Sie retten sich in die Staatskanzlei auf dem Ballhausplatz, wo Wessenberg auch wohnt.⁸⁹ Bach schlägt sich von dort zu den Truppen in die Vorstadt durch, und Wessenberg versteckt sich die Nacht und den nächsten Tag bei Lebzelter in Döbling. Erst am 8. Oktober quert er die Donau, erreicht auf einem Bauernwagen Floridsdorf. Von da nimmt er die Bahn nach Prag.⁹⁰ Unterdessen ist auch der Hof, seit Mitte August wieder in Wien, neuerdings geflohen: von Schönbrunn über Herzogenburg, Maissau und Znaim nach Olmütz.

Die Lage war nun im Oktober mit der vom Mai nichts weniger als vergleichbar. Niemand zweifelte mehr, daß nun der militärische Schlag gegen Wien unausweichlich geworden war, den Doblhoff schon im Frühjahr gefürchtet hatte. Bereits Wessenbergs erste Briefe aus Prag berichten dem Erzherzog in Frankfurt von Truppenkonzentrationen. „Ohne die strengsten Maßregeln ist an keine Herstellung der Ordnung mehr zu denken.“⁹¹ Auch Johann verlangt Entwaffnung Wiens, Auflösung bzw. Schließung der Aula, Verbot aller demokratischen Vereine, Bestrafung der „Verbrecher“, neue Organisation der Nationalgarde und nötigenfalls Verlegung des Reichstages nach Olmütz. „Hoffentlich, wenn gut operirt wird, bringet man Wien zum Capituliren und ersparet das Blutvergießen“, schließt sein Brief.⁹² Aber wie immer in diesen militärischen Fragen verfahren werden mochte: es stellte sich auch das politische Problem, ob es überhaupt noch eine Zivilregierung geben sollte oder eine bloße Militärdiktatur. Die Annäherung zwischen Regierung und Armee hatte diese Frage um so weniger aus der Welt geschafft, als an der Spitze des im Innern jetzt verfügbaren Heeres mit dem Fürsten Alfred Windisch-

⁸⁷ F. Walter, a. a. O., 210 f.

⁸⁸ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 September 11.

⁸⁹ Es beleuchtet Wessenbergs enge Beziehung zu Johann, daß dieser ihm zuvor seine eigene Wiener Wohnung am Michaelerplatz hatte überlassen wollen; vgl. Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 August 18.

⁹⁰ Ausführliche Berichte Wessenbergs an Erzherzog Johann 1848 Oktober 7, 9, 10, 12, 13. — Dazu A. Graf Hübner, Ein Jahr meines Lebens, 1848—1849, Leipzig 1891, 226, der die beiden Minister in der Staatskanzlei erlebte: „Baron Wessenberg bewahrte die kalte Ruhe des Staatsmannes vom alten Schlag; sein junger Kollege, obgleich aufgeregt, verrieth keine Furcht.“

⁹¹ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 13.

⁹² Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober 14.

grätz nun ein Mann stand, der in den Schwierigkeiten, die ein konstitutionelles Ministerium zu bestehen hatte, die Unmöglichkeit überhaupt beschlossen sah, die nach seinem Urteil ein nicht ausschließlich auf den monarchischen Willen gegründetes Österreich bedeutete.

Fürst Windischgrätz plädierte rundweg für das Militärregime, unterstützt von Kübeck.⁹³ Am 12. Oktober traf Wessenberg in Olmütz ein, es folgten Franz Stadion und Felix Schwarzenberg, Windischgrätz' Schwager. Stadion gewann Schwarzenberg für die Anschauung, daß nur auf zivilem und konstitutionellem Weg wirkliche Ordnung erzielt werden würde.⁹⁴ Wessenbergs Position in diesem Konflikt war ja keinen Augenblick fraglich: „Ich sehe vor, daß bei der Divergenz unserer Ansichten ich neben dem Fürsten Windischgrätz ich (sic!) unmöglich dem Staate nützlich sein kann — er schaut zurück und ich schaue vorwärts, wir können uns daher nicht vereinigen. Ich melde dieses Euer K. Hoheit, damit ich später nicht falsch beurtheilt werde“, schrieb er schon am 19. Oktober.⁹⁵ Die einzelnen Stadien der Auseinandersetzung freilich sind kaum zu entwirren, viel weniger noch die Bedeutung der jeweiligen Szenen. Wessenberg dürften sie nicht einmal im vollen Umfang bekanntgeworden sein. In Olmütz angekommen, ist er ratlos, wie die Neubildung der Regierung ins Werk zu setzen sei.⁹⁶ Das kaiserliche Manifest, das ganz Windischgrätz' Vorstellungen entspricht⁹⁷, veranlaßt ihn vermutlich am folgenden Tag, einmal mehr seine Demission und Stadion als seinen Nachfolger zu begehren.⁹⁸ Das wird abgelehnt. Man bot „alles auf, um mich von diesem Entschluß abzubringen“, schreibt er nach Frankfurt; „ich habe mich aber nur konditionell zum ferneren Verbleiben für kurze Zeit verpflichtet.“⁹⁹ Er erwirkt sogar ein Windischgrätz' Vollmachten eingrenzendes, zweites kaiserliches Manifest.¹⁰⁰ Aber während nun schon Schwarzenberg insgeheim zum neuen Ministerpräsidenten designiert ist¹⁰¹, geht Wessenberg noch ans Werk der Neubildung der Regierung. Am 24. Oktober klagt er dem Erzherzog, daß niemand Minister werden wolle, bittet er „fußfällig“, Bruck zur Übernahme des Handels-

ressorts nach Olmütz zu senden¹⁰², und selbst zehn Tage nach Schwarzenbergs Betrauung wähnt sich Wessenberg noch in maßgeblicher Rolle, wenn er auch kaum noch Gehör finden kann. Wirklich halten will ihn, wie er glaubt, nur die Kaiserin. Deshalb hat er den Kaiser neuerdings gebeten, einen anderen zu betrauen. „Ob ein anderer glücklicher seyn wird als ich, steht dahin — ich wünsche es sehnlichst zum besten des Staates.“¹⁰³ Erzherzog Johann teilt vollkommen Wessenbergs Ansichten. Er kann sich darum „gar nicht vorstellen, wie es gehen wird, wenn Sie abtreten. Ich kenne die Männer, von denen die Rede ist, ihren Werth, ihre Ansichten und ihre praemihsen. Jeder Gedanke eines reactionairen Schrittes ist Verderben, was man versprochen hat, muß man vollkommen und ehrlich halten, da laßt sich nichts handeln, ummodelln, umgestalten, das ist Vergebens, Feinheit nützet nichts, diese ist abgenützet, das Volk ist feiner . . .“¹⁰⁴ „Wer soll sie iitzt ersetzen“, fragt Johann auch. „Wer hat die Zeit so ins Auge gefaßt, möge es ihnen gelingen, einen Ersatzmann zu finden.“¹⁰⁵ Noch am 13. November meint Johann, Wessenberg müsse jedenfalls noch die ungarische und die italienische Frage zu Ende bringen; denn „diese welsche Geschichte geschlichtet, giebt Oesterreich ein gewaltig Gewicht in Deutschland“. Wie im September in der Phase relativen Optimismus, so ist Johann auch jetzt der Zusammenhang der deutschen und österreichischen Thematik präsent. Immer argumentiert er aus ihm heraus. Der Entscheid der Paulskirche vom 3. Oktober über die Paragraphen 2 und 3 der Reichsverfassung, durch welche Österreich vor die Wahl gestellt wurde, entweder aus Deutschland zu scheiden oder die Beziehungen zwischen seinen zum Deutschen Bunde gehörigen Ländern einerseits und Galizien, Ungarn sowie allenfalls Lombardo-Venetien andererseits nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen, ändert für Johann daran nichts; er nimmt die Paragraphen noch lange nicht für künftige politische Wirklichkeit. Nach wie vor sieht er in dem Regierungswechsel in Olmütz Gefahren für Österreich sowohl auf dem Frankfurter wie auf dem Wiener Terrain. Besonders eine dieser Gefahren zu sehen, zeugt von bemerkenswertem Weitblick: „Ich wünschte sehr, daß der Glaube nicht Wurzel fasse, als wenn das slawische Element nun alles an sich reißen und das Deutsche unterdrücken wollte. Es könnte dieß die deutschen Provinzen zu Deutschland hindrängen und Oesterreich wieder neue Verlegenheiten bereiten“, warnt der Reichsverweser.¹⁰⁶

⁹³ P. Müller, Feldmarschall Fürst Windischgrätz. Revolution und Gegenrevolution in Österreich, Wien—Leipzig 1934, 144 ff. — Vgl. F. Walter, a. a. O., 225.

⁹⁴ F. Walter, a. a. O., 225.

⁹⁵ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 19.

⁹⁶ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 13.

⁹⁷ P. Müller, a. a. O., 146.

⁹⁸ So F. Walter, a. a. O., 226. — Dagegen sagt Wessenberg im Brief an Erzherzog Johann 1848 Oktober 19 „nachts“, er habe „gestern“ den Kaiser gebeten, den Auftrag an ihn zurückzunehmen. Wenn der Brief in der Nacht zum 19. Oktober verfaßt wurde, muß kein Widerspruch zu Walter vorliegen.

⁹⁹ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 19.

¹⁰⁰ F. Walter, a. a. O., 226 f.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 24.

¹⁰³ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 29.

¹⁰⁴ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 11.

¹⁰⁵ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 6.

¹⁰⁶ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober 14.

Aber es ist doch kein Zweifel: Wessenberg und Johann fühlen sich unterliegen, auch wenn Johann seine Resignation in die erstaunliche Wendung kleidet: „Unsere Stunde kommt noch.“¹⁰⁷ In der Tat markieren die Wochen von Olmütz das Ende der Zeit der franziszeischen Staatsmänner. Nur Kübeck wird später nochmals eine Rolle spielen, sonst kommt eine neue Generation herauf. Dieser Wechsel ist allerdings noch nicht zugleich einer des politischen Prinzips. Wessenberg selbst, der am 7. November klagt, sein „Fehler“ sei, „rein konstitutionell zu sein“¹⁰⁸, anerkennt drei Wochen später, daß das Programm der neuen Regierung auch dem Freisinnigsten freisinnig genug sein könne.¹⁰⁹ Felix Schwarzenberg ist ihm, seitdem er um die Wende von Oktober auf November dessen künftige Rolle wahrgenommen hat, der Gegenspieler des Fürsten Windischgrätz. Wessenberg fördert Schwarzenbergs Geschäfte nach Möglichkeit und sieht nun einen gewissen Erfolg gegen jene Auffassung erzielt, der „Constitution und verantwortliche Minister und überhaupt ein regirender Ministerrath ein Greuel“ sind.¹¹⁰ Die schlimmste Gefahr, die von dem zweiten Wallenstein, Windischgrätz, wie Wessenberg gelegentlich auch sagt¹¹¹, droht, nämlich „der Konflikt zwischen Militair und Zivilmacht . . . zu einer Zeit, wo es sich um die Neu Organisirung des Staates handelt“¹¹², scheint ihm gebannt. Aber Wessenberg wie Erzherzog Johann sind nun doch ausgeschaltet. Bei Hof bleibt Windischgrätz vielen ein „Abgott“, so daß Wessenberg jede Äußerung über ihn „nur im höchsten Sinne konfidentiell“ tut, „da man sich nicht genug vor Verdächtigung bewahren kann“.¹¹³ Wessenberg dient zuletzt in Olmütz nur zur Eindämmung des Feldmarschalls¹¹⁴, dann — während in Wien schon Robert Blum füsiliert wird — beim beschwichtigenden Empfang der deutschen Reichskommissare¹¹⁵, endlich zur Maskierung der wahren Vorgänge am Hof schlechthin. Der habsburgische Prinz in Frankfurt aber gerät mehr und mehr in die bloß negative Rolle des Prellbocks gegen die preußischen Ambitionen im deutschen Raum. Wie Wessenberg im Zentrum der österreichischen Vorgänge nur noch als Hilfsorgan Schwarzenbergs fungiert, so ist Johann

¹⁰⁷ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 13 und 18.

¹⁰⁸ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 November 7.

¹⁰⁹ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 November 28.

¹¹⁰ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 November 7.

¹¹¹ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 24.

¹¹² Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 November 7.

¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ F. Walter, a. a. O., 225 ff., 248 ff.

¹¹⁵ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Oktober 24, November 1 (?), 18. — Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober 14 und 16. — Das Verfahren mit Robert Blum wird von beiden verurteilt, weil man nicht unnötig Märtyrer schaffen solle: Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 November 18. — Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 26.

von dem neuen Ministerpräsidenten im Plan von dessen neuer, entschiedener deutscher Politik eine recht undankbare Mission zugedacht, die der Erzherzog noch ein ganzes Jahr ausfüllen wird. Im übrigen aber erfährt er von Olmütz nichts. Am 26. November schreibt er, er verliere durch Wessenbergs Abreise nach Wien seinen letzten Kontaktmann am Hof.¹¹⁶ Damit hat Johann nicht übertrieben. Von dem Thronwechsel des 2. Dezember nämlich hört er zuerst durch das Haus Rothschild und dann durch eine Note des österreichischen Geschäftsträgers bei der provisorischen deutschen Zentralgewalt.¹¹⁷

VII.

Jenseits ihrer Stellung zur österreichischen Tagespolitik von 1848 und ihres Wirkens in ihr ist nun zu fragen, was Erzherzog Johann und Wessenberg über die Revolution insgesamt, ihre Dimensionen und Österreichs Verhältnis zu ihr dachten. Gewiß eignete beiden ein Bewußtsein der Zeitenwende, die 1848 bedeutet. „Was haben wir nicht bloß seit Anfang dieses Monats erlebt!“ ruft Wessenberg Ende Februar aus, „wahrlich Stoff zur Geschichte eines ganzen Jahrhunderts nach früherem Maßstab“.¹¹⁸ „Der 24^t Februar scheint für Frankreich das datum [einer] neuen Epoche zu seyn“, heißt es ferner. „Jene der Julius Revolution hat ihr Ende erreicht; das heißt die Revolution geht einen Schritt weiter.“ Ein historisches Kontinuum von unabweisbarer Zwangskraft ist damit angesprochen. Aber es gibt Wessenberg weder Anlaß zu Resignation noch zu heroischem Auflehnen, noch zu verzweifelten Bemühungen der Anpassung. Im Gegenteil, er meint den Gang der Zeit seit langem vorhergesehen zu haben und findet sich bestätigt. Ganz ähnlich Erzherzog Johann. Ihm haben die Regierenden „nicht genug den möglichen Gang der Dinge [sich] Gegenwärtig“ gehalten. Allerdings sieht er pessimistisch nach Frankreich, wo ihm keine Regierungsbildung möglich scheint, und er schließt daran die bemerkenswerte Betrachtung: „Wird nicht Socialismus, dann Communismus folgen, um auf den letzteren unhaltbaren Zustand eine neue Gestaltung nach durchgemachten bitteren Erfahrungen mit Kosten von Gut und Blut hervorzubringen?“¹¹⁹ So skeptisch denken Erzherzog Johann und Wessenberg über Mitteleuropa nicht, hier gilt es ihnen, die Lage nicht falschen Kräften zu überlassen. „Das factum ist da, reden wir . . . dermalen nicht mehr darüber, jetzt heißt es auf das

¹¹⁶ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober 14, 26, o. D.; November 18, 26.

¹¹⁷ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Dezember 8.

¹¹⁸ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Februar 26.

¹¹⁹ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 März 7.

hinsehen, was geschieht, geschehen kann oder geschehen sollte.“¹²⁰ Als zentrales Faktum erkennt auch Wessenberg, was damals der sterbende Joseph von Görres mit Blick auf das von der Lola-Montez-Affäre erschütterte bayerische Königtum angesprochen hatte: das de profundis der Monarchie sei jetzt mächtig angestimmt.¹²¹ „Das Hauptaugenmerk muß auf mögliche Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips, auf Konsolidierung der monarchischen Elemente gerichtet seyn.“¹²² Aber Hoffnung für dieses Vorhaben sieht Wessenberg nur, wenn gänzlich neue Männer das Steuer ergreifen; in für ihn charakteristischer Wendung drückt er diesen Gedanken so aus: „Die Herren mögen bedenken: nicht um Adel geht es, sondern um Monarchie und Thron.“¹²³ „Es kommt alles darauf an, die Zeit recht zu benützen, über die man noch verfügen kann, und sich die Initiative dessen, was Noth thut, nicht entreißen zu lassen. Alles in menschlichen Dingen hat seine Zeit; ist diese verstrichen, hat man nicht mehr die Wahl zwischen zwei Wegen und wird fortgerißen durch die Macht der Nothwendigkeit.“¹²⁴ „Die Zeit eilt, und so die Ereignisse, es heißt handeln, mit der Zeit rechnen, keinen Augenblick versäumen“, schreibt auch Erzherzog Johann.¹²⁵

Was aber tut not? Wessenberg meint die drei Hauptpunkte unschwer bezeichnen zu können: Schnelle „Bildung eines für Verantwortlichkeit geeigneten Ministeriums“ und „gute Zusammensetzung des Comités welches berufen ist, die Organisierung auszuarbeiten“, d. h. die Staats- und Sozialverfassung im weiten Verstande des Wortes.¹²⁶ Es sind „itzt alle Zweige der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Besteuerung vom Grunde aus zu reformiren . . . Von dem alten Hausrath wird außer dem trefflichen bürgerlichen Gesetzbuch Kaiser Franz' wenig mehr brauchbar seyn“.¹²⁷ Sodann, „um Vertrauen zu gewinnen“ und um, „bis man die Konstitution hat, . . . das Volk zu beruhigen“: „ein provisorisches Preßgesetz, welches, ohne wieder die Gestalt einer Zensur anzunehmen, den Preßvergehen Einhalt thut . . . zweitens eine Erklärung an das Volk, welche dasselbe wegen baldiger Ordnung der Bauern Verhältnisse, Befreiung von den herrschaftlichen Gültigkeiten und Dienstbarkeiten im Vortheil des Ackerbauern beruhige. Ich beschwöre, daß damit nicht ge-

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Februar 27.

¹²² Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 März 16; der Brief ist geschrieben, bevor Wessenberg Nachrichten von den Ereignissen der Vortage aus Wien erhalten hatte.

¹²³ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 April 7.

¹²⁴ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 März 16.

¹²⁵ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 März 7.

¹²⁶ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 März 24.

¹²⁷ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 April 2.

zaudert werde. Es kann damit viel viel Unheil abgewendet werden. Man ziehe hiebei nur die Noth, die allgemeine Sicherheit zu Rath und höre nicht auf die Lamentationen verblendeter Gutsherren.“¹²⁸

Einige Hauptinhalte der politischen und sozialen Revolution haben Johann und Wessenberg somit von Anfang an als Positiva anerkannt und gefördert, wenn ihnen wahrscheinlich auch die ganze Tragweite der darin beschlossenen Umwälzungen entging und gar nicht erst zum Problem wurde. Unter den Inhalten der politischen Revolution meinen wir vor allem das Institut verantwortlicher Ministerien, das sie forderten und das ganze Sturmjahr hindurch verteidigten. Mit ihm war ja weit mehr als bloß ein Mittel der Regierungstechnik bezeichnet. Denn die fortwährende Auseinandersetzung zwischen Hof, Hofpartei und immer wieder auch Militär auf der einen, Regierung auf der anderen Seite war zugleich nicht weniger als die Form, in der die Umwälzung — d. i. eben die „Revolution“ — vom Kaiser-Staat, vom „Haus Österreich“ zum modernen Staat stattfand — oder zuletzt nicht stattfand, sondern als unentschiedene Frage fortlebte. Nachdem gerade Kaiser Franz I. die unter Maria Theresia in Gang gekommene, von Joseph II. und Leopold II. geförderte Entwicklung der Monarchie zum Staat, dessen Organ der Herrscher werden sollte, wieder in Richtung auf das „Dominium“ um- und abgeleitet hatte,¹²⁹ und diese Wendung durch Kaiser Ferdinand oder vielmehr durch die Regierungsorganisation von 1836 nicht revidiert worden war, trug das Institut eines verantwortlichen Ministeriums, trug die Errichtung einer zweiten politischen Autorität neben dem Monarchen im Österreich des Jahres 1848 wahrhaft revolutionären Charakter. Daß der Entschluß, mit dem verantwortliche Regierungen geschaffen wurden, unmittelbar aus der ersten revolutionären Bewegung im März hervorging, ist der sinnfällige Ausdruck dieses Sachverhaltes. Allerdings entbehrte das Selbstverständnis der Minister nie ganz der Zweideutigkeit. Ihr Verhalten am und nach dem 16. Mai, nämlich die Forderungen der stürmischen Petenten zu bewilligen, sodann aber zu demissionieren, zeigt, daß unter ihnen über die Instanz keine volle Klarheit bestand, der sie sich verantwortlich fühlten. Gleichwohl duldet es keinen Zweifel, daß sie sich hauptsächlich als neue Autorität neben der Krone, nicht als deren ausführende Organe begriffen. Die Versuche zur Revision des am 16. Mai Gewährten begründeten sie mit den Wünschen der Provinzen, die zunächst nicht hatten gehört werden können, und diese Argumentation lag auf derselben Ebene wie die

¹²⁸ Ebenda.

¹²⁹ Vgl. F. Walter, Die Geschichte der Österreichischen Zentralverwaltung 1780—1848, Teil 2: Die Zeit Franz' II. (I.) und Ferdinands I. (1792—1848), Wien 1956 (= Die Österreichische Zentralverwaltung II, 1, 2, 2), 1—25.

Pillersdorfs im Juni, wonach er nämlich die Regierungsbildung nur unter der Bedingung übernahm, daß er das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen könnte: die Regierung also als Organ des Volkswillens, allenfalls des wahren Volkswillens im Unterschied zu dem der revolutionierten Hauptstadt. Es lag in der Konsequenz dieser Auffassung, daß Doblhoff bei seiner Regierungsbildung die Prämisse von der notwendigen Verwurzelung des Ministeriums im Volk aufstellte und dessen Amtsdauer von der im Reichstag „obsiegenden Majorität“ abhängig machte.¹³⁰ Bach vollends benützte zur Rechtfertigung der Regierung das enthüllende Vokabel: sie sei „wahrhaft parlamentarisch“ gewesen, weil sie stets die Mehrheit im Reichstag besessen habe.¹³¹

Wenn sonach Erzherzog Johann daran festhält, daß der „Constitutionelle Weg . . . der frühere unmöglich“ sei¹³², wenn Wessenberg bis zuletzt gegen Windischgrätz als den Widersacher jedes verantwortlichen Ministeriums kämpft, zuletzt unter Verleugnung seiner eigenen Person im Dienste Schwarzenbergs: dann haben beide Männer ein bestimmendes Merkmal der politischen Revolutionsbewegung rezipiert. Freilich haben beide verkannt, in welchem Maße die Konzeption der konstitutionellen Monarchie den monarchischen Willen mediatisieren und schließlich so weit zurückdrängen würde, daß von ihr nur noch als von einem Übergangsstadium zwischen monarchischer und Volkssouveränität gesprochen werden kann.¹³³ Das nimmt um so mehr wunder, als die Erfahrungen mit dem mittelstaatlichen deutschen Konstitutionalismus des Vormärz, der durchwegs in die Revolution gemündet hatte, nicht eben ermutigen konnten — namentlich nicht den in Baden lebenden Wessenberg — und der Satz längst aufgestellt war, spätestens von Metternich, wonach die Einheit Österreichs immer nur durch die monarchische Macht, nie durch das westeuropäische Vorbild liberal-demokratischer Bewegungen begründet sein würde. Weder Johann noch Wessenberg aber waren systematische Staatsdenker. Das Legitimitätsproblem berührte sie anscheinend so wenig, daß sie monarchischen und Volkswillen ohne weiteres neben- oder miteinander wirkend sich vorstellten. Erzherzog Johann konnte gleichzeitig jede Initiative in der Verfassungsdiskussion in Frankfurt ablehnen und einen Umriss der österreichischen Verfassung skizzieren¹³⁴, ohne den österreichischen Reichstag

¹³⁰ Vgl. oben S. 175.

¹³¹ F. Walter, a. a. O., 237.

¹³² Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 11.

¹³³ E.-W. Böckenförde, Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert. In: Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Hrsg. von W. Conze, Stuttgart 1967, 70—92 (mit weiterer Literatur und Auseinandersetzung mit ihr).

¹³⁴ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 11.

zu erwähnen. Es sind dies, wie schon angedeutet, die Vorstellungen zur Lösung des Ungarnproblems: Kriegs- und Finanzwesen sowie Äußeres konzentriert in Wien, im übrigen selbständige innere Verwaltung. Sie sind im Herbst 1848 von Johann weiter ausgeführt worden und antizipieren vielfach das Oktoberdiplom. Er sieht nämlich für Österreich „keine andere Möglichkeit als jene eines Foederativ-Staates, wo jede Provinz selbständig nach der ihr anpassenden Verfassung regiert, in Wien für die das gesamt Interesse betreffenden Gegenstände und Fragen durch einzelne Abgeordnete (dieß dürften wenige seyn, wie eine Art Senat) vertreten werden, wo die Minister für alle Provinzen, Nationalitäten das Centr[um] bey dem Monarchen bilden“.¹³⁵

Wessenbergs Forderung nach der raschen und definitiven Bauernbefreiung zeigt, wie sehr ihm der Hauptakzent der sozialen Revolution von 1848 längst zur Selbstverständlichkeit geworden war. Es ist die bürgerliche Gesellschaft, entlassen aus feudalen Bindungen, gegründet auf das persönliche Eigentum und die Gleichheit in rechtlicher Beziehung, die Wessenberg vor Augen stand und die nun auch auf dem flachen Land endgültig ins Leben treten soll — und wirklich ins Leben trat. Wessenbergs Haltung in der Entschädigungsfrage, in der er konsequent und erfolgreich für das Prinzip der Abgeltung von Eigentumsrechten eintrat, stimmt damit vollkommen überein. Er nimmt damit nicht eigentlich Partei in dem Sinn, daß er für das eine oder das andere soziale Interesse entscheidet bzw. durch Abwägung ein Kompromiß zwischen rivalisierenden Interessen findet. Seiner Selbsteinschätzung zufolge stellt er vielmehr normale, vernünftige Verhältnisse erst her. Der Staat vollzieht unparteiisch, was die Vernunft gebietet. Wessenberg vertraut ganz darauf, daß die durch Revolution — oder, wie vorher von ihm empfohlen, durch Reform — endlich freigesetzte wirtschaftliche Dynamik der einzelnen Interessenten zu sozial gesunden, harmonischen Zuständen führen werde. Zweifel am juste milieu, an der Gesellschaft des bürgerköniglichen Frankreich zwischen 1830 und 1848, fechten ihn, wenn wir richtig sehen, nie an. Insofern es in Wessenbergs Ministerium Ansätze von staatlicher Sozialpolitik gab, etwa durch das Ministerium für öffentliche Arbeit, standen sie anscheinend in keinem Bezug zu seiner gesellschaftlichen Gesamtanalyse, waren sie vielmehr durch die akute Notlage, die jederzeit in revolutionären Aufruhr umschlagen konnte, veranlaßt. Im ganzen dürfte Erzherzog Johann sehr ähnlich gedacht haben. Im gegenwärtigen Zusam-

¹³⁵ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober o. D. (jedenfalls zweite Monats-hälfte). — Das Wort „Nationalitäten“ hat Johann bemerkenswerterweise nachträglich gestrichen.

menhang verdienen jedoch seine sehr konkreten Ideen zur sozialen, nicht so sehr zur politischen Lösung des Wiener Arbeiterproblems Beachtung. Am 6. September schreibt er darüber an Wessenberg: „Die Arbeiter werden noch zu thun geben, da ist viel verdorben und versäumt worden — man hat Geld verschwendet, ohne die Sache zu bessern. Was itzt zuletzt geschehen, ist gut, aber nur ein palliativ Mittel. Mein Antrag während meines Aufenthaltes in Wien war, eine Statistik der Arbeiter nach ihren Gewerben aufzunehmen — die Fabrikanten aufzumuntern, ihre Arbeiter zurückzuberufen — Einen Verein unter Regierungs Aufsicht bilden, dieser hätte Niederlagen, die Fabrikanten sollten ihre Fabriken betreiben in so weit als es nöthig ist, um die Leute leben zu machen; jene Waren, welche sie nicht gleich anbringen könnten, sollten in die Niederlagen gegen Erlag des Preises abgegeben und von da aus darauf bedacht genommen werden, sie anzubringen. Die ganze Sache bestände darinnen, daß die Leute bei ihrem erlernten Gewerbe Brod finden, daß der Staat, statt große Summen auszugeben, bloß den Ausfall zu decken hätte, folglich viel besser durchkäme als bisher, auch die Arbeitsleute nicht zum nichts-thun gewöhnt und in größeren Abtheilungen zusammen kämen, endlich diese Unterstützungs Sache nach Maaßgabe, als die Nachfrage und der Verkehr wieder lebendiger würde, abnehmend aufhören würde. Alle fremden oder aus anderen Provinzen, die brodlos sind, wären über die Gränzen oder in Ihre Provinzen zu verschieben.“¹³⁶

Man sieht: Verfassungspolitisch wie in der Beurteilung der inneren sozialen Bewegung der beginnenden industriellen Welt verstehen sich Erzherzog Johann und Wessenberg mit ihren, den ganzen Vormärz hindurch aufrechterhaltenen Gedanken auch 1848 voll auf der Höhe der Zeit. Was die Zeit gebot, war ihnen nie zweifelhaft, sondern stets geläufig. Das Abstraktum „Zeit“ begreifen sie dabei als eine handelnde Größe, als normensetzende Kategorie, und sie erweisen sich, indem sie aus diesem typischen Säkularisationsbegriff argumentieren, als rechte Söhne der Aufklärung. Den Kampf darum aber, wer das wahre Erbe der aufklärerischen Vernunft verwalte, den im 19. Jahrhundert die großen politischen Strömungen untereinander austrugen, sehen sie noch nicht ausgebrochen. Ihnen war die Vernunft der Aufklärung nie eine systematisch-ideologische gewesen, in deren Namen zunächst alles Bestehende eingerissen, so dann ein totaler Neubau errichtet werden mußte, sondern stets die praktische Vernunft, gegründet auf die positiven Erkenntnisse der aufblühenden Wissenschaften, die Johann und Wessenberg mit immensem Fleiß auf-

¹³⁶ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 September 6.

zuarbeiten sich bestrebten. Sie verstanden sich stets als „unbefangen“¹³⁷, wollten nie „Parteimänner“ sein; darum hat auch Johanns Wort von den beiden Parteien in Tirol seinen unverkennbar polemischen Klang. Johann und Wessenberg sind darum weder liberal noch konservativ gewesen, weil die Vernunft für sie eben nicht Besitz einer Partei war. Sie erwarteten vom Ende des vormärzlichen Systems in Österreich ihre Freisetzung: „An Talenten wird es uns nicht fehlen, sie werden nun zahlreich auftauchen, da sie nicht mehr zum Schweigen verdammt sind. Ungarn hat an Kossuth einen Mirabeau gefunden. In Österreich haben vielleicht auch mehrere Montesquieus und Solons geschlummert“, schrieb Wessenberg im März an den Erzherzog.¹³⁸

Um so schlimmer ist die Enttäuschung, die ihnen das Revolutionsjahr bereitet. Galt es zuerst nur, die Zeit recht zu nützen und sie nicht Schädlingen zu überlassen, so werden nach und nach die Urteile düsterer. Im Sommer heißt es bei Wessenberg schon, „daß im Hottentottenland kein solcher Mangel an brauchbaren Talenten ist wie bei uns“.¹³⁹ „Solon“ wird für den von den Versammlungen von Frankfurt und Wien ernücherten Wessenberg nun zur ironisch-polemischen Kurzformel für parlamentarische Doktrinäre.¹⁴⁰ Der September in Frankfurt, der Oktober in Wien bedeuten vollends tiefe Erschütterungen. Den „Wühlereien“, den das Volk aufregenden, muß nun entschieden begegnet werden. „Lieber Freund“, schreibt Johann, „ich habe diese Zeit hindurch wieder Menschen kennen gelernt, die hätte ich mir niemals vorgestellt, daß unser Volk so bearbeitet würde und daß in demselben gar so viel Roheit und Verderbtheit eingedrungen; jene, welche dieses bewirkt, haben ein großes Übel herbeigeführt; werden wir dessen Meister werden? . . . Die Demokratischen Männer, die Clubs, die geregelten Turnerhaufen müssen aufhören, und die Presse muß gezügelt werden, sonst ist es um die Ordnung, um Frieden und Freyheit geschehen.“¹⁴¹ 1849 sollten die Studien in Österreich gar nicht gehalten, „die Jugend bei den Eltern gehalten“ werden.¹⁴² Die Wiener Universität empfiehlt Johann zu schließen, es gebe genug Klöster, die die Fakultäten aufzunehmen vermöchten.¹⁴³ Aber nicht nur kulturpolitisch fühlt sich der Erzherzog in die Defensive gedrängt, auch sozialpolitisch bahnt sich eine Weichenstellung von noch unabsehbarer Bedeutung an. Die von ihm gewünschte Reorganisation der

¹³⁷ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 13.

¹³⁸ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 März 24.

¹³⁹ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 Juli 25.

¹⁴⁰ Wessenberg an Erzherzog Johann 1848 September 21.

¹⁴¹ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 September 25.

¹⁴² Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober o. D. (zweite Hälfte).

¹⁴³ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 6.

Wiener Nationalgarde will Johann auf jene Kreise abgestellt wissen, denen durch ihre Interessen an Ruhe und Ordnung gelegen ist¹⁴⁴ — „mit brafen Besitzern“.¹⁴⁵ Erstmals wird damit das Eigentum nicht als selbstverständliches Charakteristikum der bürgerlichen, aufgeklärten Gesellschaft aufgefaßt, also als Signum einer Gesellschaft, wie die „Zeit“ sie fordert, sondern als ein konservierendes, defensives Instrument gegenüber neuen Gesellschaftsentwürfen, die in der Gestalt von Sozialismus und Kommunismus zwar weiterhin auf lange Dauer als „unhaltbar“, aber dennoch als ernste akute Gefahren erscheinen. Eigentum beginnt hier von einem Erfordernis vernünftiger Gesellschaftsordnung zu einer Partei-sache zu werden. Johann verlangt jetzt auch, daß Pressebeschränkung und Gesetz so wie in Paris Platz greifen.¹⁴⁶ Erstaunt wiederholt er, daß nun die Republik in Frankreich mustergültige Maßnahmen setze.¹⁴⁷ Es ist zwar nicht Johanns letztes Wort zum Gang der Welt, aber es kennzeichnet seine Gemüts- und Gedankenverfassung und die Unterhöhlung seines Weltbildes, wenn er im selben Brief weit ausholend meint: „Unser Zustand im Allgemeinen ist dahin gekommen, daß jetzt nur zwey Partheyen bestehen, jene des Umsturzes, jene des Erhaltens, eine muß siegen, die andere Fallen. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod, dem ist nicht auszuweichen; dieß möge man begreifen und dem zu Folge alle Geistigen und Materiellen Mitteln anwenden, um den Kampf zu führen und zu bestehen, damit unsere Nachkommen die Früchte unserer Anstrengungen genießen können. Das ist mir klar und dieß hat Frankreich in letzter Zeit bewiesen, wenn das Übel eine hohe Stufe erreicht hat, hilft nur eine Dictatur für die Zeit der Gefahr. Mögen die Umstände sich nicht so gestalten, daß man sich nicht nach Albas, Tyllys, Wallenstein sehnen muß. Arme Menschheit — dahin gebracht durch langjährige schlechte, schwache Regierungen und durch die Beglückter des Volkes, welche dasselbe frey zu machen vorspiegeln. Habsüchtige, Demoralisierte, Schlechte . . . Egoisten, denen jeder Mensch, der noch ein Herz hat, Todfeind seyn muß.“¹⁴⁸

Es ist dies damals noch nicht Johanns letztes Wort.¹⁴⁹ Ihn bewegen Ent-

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober o. D. (zweite Hälfte).

¹⁴⁶ Ebenda.

¹⁴⁷ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 6.

¹⁴⁸ Ebenda.

¹⁴⁹ In den 1850er Jahren scheint Johann indessen der Gedanke von der Aufspaltung der sozialen Welt in nur noch zwei Parteien ganz erfaßt zu haben. Diese Aufspaltung wird dann von Johann allerdings — und dies ist für unseren Zusammenhang nicht unerheblich, vielmehr geradezu erhellend — als eine gänzliche Umgestaltung aufgefaßt. Vgl. Erzherzog Johanns Brief an August von Jochmus, den letzten Reichsminister des Äußeren von 1849 und späteren österreichischen Feldmarschallleutnant, von 1851 Juni 29, aus welchem G. K ü n t z e l, Der Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich und Fürst Karl Leiningen, in: Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins

täuschung und Trauer. Dafür ist erhellend, wie er Wien und den Wienern gegenüber schwankt „zwischen Entrüstung und Mitleid; man liebt doch den Ort, wo man 57 Jahre gelebt (sic!) und so vieles durchgemacht hat und wo man die Überzeugung hat, daß niemals mehr jener Friede, jener Wohlstand zurückkehren kann“.¹⁵⁰ „Das Wien wird nie mehr das, was es war, und das ist die Folge 30jähriger Entsittlichung. Ich gedenke auch im günstigsten Falle es nicht mehr zu betreten, es würde meinem Herzen zu Wehe thun.“¹⁵¹ Er fühlt, daß „die Anhänglichkeit, die Liebe“ zum Kaiserhaus „einen Riß bekommen“ haben, den nur die Zeit heilen könne.¹⁵² In die Trauer mischt sich Hoffen. Von finsterner Entschlossenheit zu einer Art letztem Kampf findet sich bei Johann keine Spur. Der Ordo der praktischen Vernunft ist ihm und Wessenberg nicht zerstört worden. Er hat keiner totalen Politisierung, der Bedingung des totalen Kampfes, Platz gemacht, wie sie wenig später in den 1850er Jahren mit den Maximen von der „Realpolitik“ heraufziehen und dann nahezu allgemein werden wird.

NF 26, 1911, 298, die folgenden Sätze mitteilt: „Die Zeit nähert sich einer gänzlichen Umgestaltung . . . Es bereitet sich eine Erörterung zwischen zwei Parteien vor, nämlich zwischen der erhaltenden und der umstürzenden; eine andere giebt es nicht mehr; in dem Lager einer jeden vereinigen sich nach und nach alle verschiedenen Färbungen zu zwei bestimmten Farben; da muß es zur Entscheidung kommen, welche die andere überleben soll.“ — Küntzel weist wohl zu Recht darauf hin, wie nahe Erzherzog Johann in dieser späten Zeitdiagnose Metternich gekommen ist.

¹⁵⁰ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober o. D. (zweite Hälfte).

¹⁵¹ Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 Oktober 18.

¹⁵² Erzherzog Johann an Wessenberg 1848 November 6.